

Wirtschaftspartei beim Kanzler.

Innen- und außenpolitische Forderungen.

Berlin, 19. September.

Von der Wirtschaftspartei wurden vom Reichskanzler der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Mollath und Abgeordneter Freidel „in einer einstündigen Unterredung empfangen.“ Dabei wurden die wirtschafts- und finanzpolitischen Forderungen der Wirtschaftspartei, die aus den Verhandlungen aus der letzten Sitzung des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei bekannt geworden sind, einer eingehenden Erörterung unterzogen. Die Besprechungen werden in aller Kürze fortgesetzt werden.

Der Kanzler sagte insbesondere auf dem Gebiete der Kreditversorgung der Mittelstandskreise eine eingehende Durchprüfung der vorgetragenen Wünsche zu und betonte nachdrücklich, daß er, wie die gesamte Reichsregierung, die Notwendigkeit der Erhaltung eines lebensfähigen Mittelstandes in Stadt und Land in vollem Umfange anerkenne und weitestgehend zu fördern bereit sei.

Besuche bei Dr. Curtius

Genf, 19. September.

Reichsaußenminister Dr. Curtius empfing gestern verschiedene Delegierte der Völkerbundsversammlung, u. a. den Ministerpräsidenten Malinoff (Bulgarien), den Außenminister Belaeris von Blockland (Holland) und den Grafen Kiponji (Ungarn).

Wirtschaftsergebnis gleich Null.

Curtius über Mandatsfragen.

Genf, 19. September.

Im Politischen Ausschuss der Völkerbundsversammlung ergriff Reichsaußenminister Dr. Curtius das Wort zu einer Erklärung über die Mandatsfragen.

Die Arbeiten der Mandatskommission seien als außerordentlich wertvoll zu bezeichnen.

Als eine in letzter Zeit aufgetauchte wichtige Frage erwähnte Dr. Curtius die Zulassung fremder Ärzte in den Mandatsgebieten, an der auch Deutschland ein großes Interesse habe. Er sprach den Wunsch aus, daß diese Frage positiv geregelt werde, wie es in einem großen Mandatsgebiet bereits geschehen sei. Zu der in der letzten Tagung erörterten Frage, Beendigung des Mandatsverhältnisses, erklärte Dr. Curtius, es sei zwar notwendig, die Bedingungen für die Beendigung des Mandates festzulegen, man dürfe dabei aber nicht zu weit gehen.

Die Aussprache im Wirtschaftsausschuss

In der Aussprache des Wirtschaftsausschusses der Völkerbundsversammlung fanden die Reden des italienischen und des englischen Vertreters besonderes Interesse. Den Standpunkt der italienischen Regierung legte

der italienische Korporationsminister Bossai dar.

Die Rede war ebenso wie diejenige, die Grandi letzthin in der Vollerversammlung hielt, gekennzeichnet durch eine starke Zuversichtlichkeit in die Tätigkeit des Völkerbundes, andererseits durch eine sehr klare Stellungnahme zu einigen, im Augenblick besonders aktuellen Wirtschaftsfragen. Sehr scharf wandte sich der italienische Vertreter gegen Zollunion und internationale Industrievereinbarungen. Italien sei grundsätzlich auch gegen die Präferenzbehandlung, die nach Ansicht der italienischen Regierung mit der Meistbegünstigungsklausel und den italienischen Interessen nicht vereinbar sei.

Bossai setzte sich im weiteren Verlauf seiner Ausführungen für eine Inkraftsetzung der Genfer Handelskonvention ein, die eine Stabilisierung der internationalen Handelsbeziehungen auf der Grundlage der in Kraft befindlichen Handelsverträge bezwecke, und betonte die Notwendigkeit, daß die Staaten sich aller protektionistischen Maßnahmen enthalten.

Zum Schluß begründete er ausführlich einen Antrag der italienischen Regierung, worin der Völkerbundrat ersucht wird, eine engere Zusammenarbeit der in den einzelnen Ländern bestehenden Wirtschaftsräte mit dem Völkerbund herzustellen. Als Vertreter Großbritanniens betonte

er teile den Standpunkt des deutschen Vertreters, daß die Wirtschafts- und Finanzprobleme im Hinblick auf die jetzige Krise eng zusammenhängen. Nach seiner Meinung sei vor allem notwendig, daß auf finanziellem Gebiet praktische Maßnahmen ergriffen werden, und er behalte sich vor, auf diese Fragen im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Wirtschaftsausschusses besonders einzugehen.

Er messe den internationalen Kartellen nicht die Bedeutung zu, die ihnen die französische Regierung gäbe. Er warte davor, die Schaffung solcher Kartelle künstlich, insbesondere durch staatlichen Druck, zu betreiben.

Der englische Vertreter dankte dem deutschen Delegierten für die Bereitwilligkeit, die Deutschland den englischen Wünschen auf Herabsetzung gewisser Zölle entgegenbringe. In der Präferenzfrage äußerte sich der englische Vertreter sehr zurückhaltend.

Der holländische Delegierte Colijn

kritisierte sehr scharf die bisherigen Arbeiten, die im Rahmen des Völkerbundes auf wirtschaftlichem Gebiet unternommen worden sind.

Seit drei Jahren versuche man, den Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz Geltung zu verschaffen. Das bisherige Ergebnis sei gleich null. Man habe sich konsequent geweigert, das Einzige zu tun, was helfen könne, nämlich eine große Freizügigkeit im internationalen Warenaustausch herbeizuführen.

Erregung in Frankreich.

Die Flottenbesprechungen in Genf.

Paris, 19. September.

Die Nachricht von der Ankunft eines englischen Flottenfachverständigen in Genf hat in französischen Kreisen große Erregung hervorgerufen.

Der in Genf weilende Außenpolitiker des „Journal“ fragt, warum denn gerade immer dann, wenn zwischen Frankreich und Italien eine Einigung in Aussicht stehe, ein englischer Vermittler auftauchen müsse.

Bergeblieb habe Frankreich in London und Rom Mitte August ein neues Memorandum zur Flottenfrage vorgelegt, das zwar das Recht, bereits 1934 oder mindestens 1935 die nach dem 1. Januar 1937 die Altersgrenze erreichenden Kriegsschiffe durch neue zu ersetzen, aufrechterhalte, aber doch zugestehet, daß sämtliche französischen Flottenneubauten jährlich nicht den Durchschnitt der letzten neun Jahre überschreiten dürften. Bergeblieb habe der französische Sachverständige Massigli versucht, auf dieser Grundlage zu Verhandlungen mit dem italienischen Sachverständigen Rosso zu gelangen. Die Italiener hätten die kalte Schulter gezeigt. Jetzt ändere sich die Lage. Neue französische Vorschläge hätten auf die Italiener einen günstigen Eindruck gemacht, und nun treffe der englische Sachverständige ein, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Der Genfer Berichterstatter des

„Petit Parisien“

hebt ebenfalls die durch das Eintreffen des englischen Sachverständigen geschaffene Erregung und die Gerüchte über neue französisch-italienisch-englische Flottenverhandlungen hervor.

Japanisch-chinesischer Zwischenfall

Tokio, 19. September.

In der Umgebung von Mukden kam es zu einem Zusammenstoß zwischen japanischen und chinesischen Truppen, nachdem die Chinesen versucht hatten, die Brücke der südmandschurischen Eisenbahn zu zerstören. Die Japaner nahmen die chinesische Garnison von Peitaying gefangen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichspräsident empfing Reichskanzler Dr. Brüning zu längerem Vortrag über die politische Lage. — Reichspräsident Löbe wird, wie verlautet, am Dienstag kommender Woche den Reichskanzler aufsuchen, um mit ihm darüber zu verhandeln, welche Angelegenheiten den Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt im Oktober beschäftigen sollen.

In mehreren Provinzblättern ist die Meldung verbreitet worden, daß der Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, vom Reichspräsidenten empfangen worden sei bzw. empfangen werden sollte. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, beruht diese Meldung auf Kombination. Hitler hat eine Unterredung beim Reichspräsidenten auch gar nicht nachgesucht.

Frankreich.

Der französische Budgetminister Brière erklärte, daß man unbedingt ernste Sparanträge im nächsten Haushaltsplan vornehmen müsse, doch gedente er, den Budgetausgleich durch neue Steuern nicht herbeizuführen. Der Wiederzusammentritt des Parlaments dürfte übrigens erst nach dem 12. November stattfinden.

Polen.

In der Redaktion des sozialistischen „Robotnik“ in Warschau ist eine Nachricht über den Tod eines politischen Häftlings im Gefängnis von Bialystok eingegangen. Der betreffende Gefangene starb an einer Blutvergiftung, die durch eine Wucherung im Halse verursacht wurde. Seine Bitte um Hinzuziehung eines Spezialisten wurde nicht berücksichtigt. Das Blatt wendet sich noch einmal an das Justizministerium, um diese Vorfälle aufzuklären.

Rußland.

Der Mangel an Lebensmitteln und anderen Dingen des täglichen Gebrauchs ist in letzter Zeit in Sowjetrußland wieder so groß geworden, daß das Anstehen vor den Läden stark zugenommen hat.

Die oberste Behörde der Gottlosenverbände hat die Vereinigung der Gottlosenverbände im Westgebiet der Sowjetunion aufgelöst, weil sich in die Vereinigung Personen eingeschlichen hätten, um die Religion vor der Gottlosenpropaganda zu schützen. Gegen drei leitende Personen der Vereinigung, einen Juden, einen Katholiken und einen Orthodoxen, wird ein Strafverfahren eingeleitet.

Rumänien.

Die von der gesamten rumänischen Öffentlichkeit erwartete Regierungskrise ist durch eine Vermittlungaktion des Königs überraschend beigelegt worden. Ministerpräsident Jorga bleibt im Amt. Finanzminister Argetoianu, der sich in einem scharfen Gegensatz zu Jorga befand, hat jedoch vom König freie Hand zur Durchführung seines Sanierungsprogramms erhalten.

Nationalsozialismus und Bauernstand.

Am Mittwoch, den 16. d. Abend 1/29 Uhr sprach der bairische Landtagsabgeordnete Dausner-München in einer von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, Orts-

Mit mir tat's lächelnd . . .

In eines Gartens stillem Gäch,
Wo wilder Wein — ein blutrot' Fleckchen —
Emporkriecht an des Hauses Wänden,
Da zapfelt etwas mit den Händen,
Dann nur ein Stück des Wagens sehen,
Draus kommt ein herzerquicklich' Kräch,
Wupp! hebt sich hoch die schöne Decke
Und fällt herab. Aus dem Verteckte
Ans Licht schiebt erst ein Strampelbeinchen
Kurz darauf das andere das Kleinchen.
Das ist ein lustiges Getue
So zwanglos ohne Strümpf' und Schuhe!
Die Füßchen zappeln immer schneller,
Das Kräch'n wird immer silberheller,
Es klingt grad', als ob drin im Bette
Ein kleines Menschenwesen hätte
Zum Trotz der dunklen Zeiten heute
An sich die reinste, tiefste Freude. —
Ein ganzes Weichen blieb ich stehen
Durch's Gitterwerk hineinzusehen
— Mit mir tat's lächelnd noch die Sonne —
Auf dieses Bild voll Lebenswonne.

Joh. L. u. S.

gruppe Ziegelheim, einberufenen öffentlichen Volksversammlung in Dehmigens Gasthof. Ortsgruppenleiter Glattfelder begrüßte die Erschienenen und übergab dem Redner des Abends das Wort zu seinem von tiefer Liebe zur Scholle durchzogenen Ausführungen. Er, der selbst Bauernsohn ist, schilderte in zu Herzen gehenden Worten die Not des kranken Bauern und verglich den Staat mit einem kranken Menschen. Der Versailler Friedensvertrag ist das Grundübel der deutschen Not. Dem Frontsoldaten sagte man, die Tribute bezahlt das Kapital, das Gegenteil ist eingetroffen, das arbeitende Volk muß sie bezahlen. Durch die Inflation nahm man dem Volk auch noch den letzten Spargroschen. Die Rentenmark, welche eine sichere Währung war, tauschte man wieder durch goldbedeckte Reichsmark, nachdem man die Landwirtschaft und Industrie stark belastet hatte. Das Anknurren der Wirtschaft durch den Dawesplan blieb aus, genau wie wir es dem Volke vorher in Tausenden von Versammlungen gesagt hatten. Schuld an den Hungerelend sind alle Parteien. Die Not hätte nicht kommen können, wenn die Parteien ihre Pflicht gegenüber dem Volke getan hätten. Kein Stand kann allein bestehen, auch nicht die Landwirtschaft, Stadt und Land gehören zusammen. Weg mit dem jetzigen Parlament, wir wollen eine Ständelammer. Adolf Hitler hat aus einer verächtlichen 7-Männer-Partei eine Millionen-Bewegung gemacht. Man sagt, Hitler sei kein Deutscher, weil er 5 Minuten vor der Grenze geboren ist. Ist man denn ein Neger, wenn die Eltern nach Afrika auswandern und man dort geboren wird? Das Geld, was der Diener eines Staates sein soll, ist zum Diktator geworden. Der Redner schilderte die von uns vorangegangenen Folgen des Youngplanes, welcher 2 bis 3 Generationen verflauen wird, denn wir müssen zahlen bis 1988. Rathenau schrieb 1914, wer Deutschland nach 20 Jahren wieder betritt, wird Deutschland als Wüste finden, während ringsherum neues Leben erblüht. Das Schieleprogramm ist auch auf die Hunde gekommen, kein Kredit kann uns retten, nur auf Abgabegebiete. Während der deutsche Bauer für den Stadtkaff 12 RM. bezahlen muß, kostet er ausgeführt z. B. in Frankreich nur 6,50 RM. Bauer, wo bleibst deine Arbeit? Während du 7 1/2 Milliarden für deine Produkte bekommst, verläuft sie der Händler mit 18 Milliarden. Hier ist nur Abhilfe durch die Genossenschaften möglich. Man wirft uns immer Eigentumsfeindlichkeit vor. Hitler hat erklärt, daß er das rechtmäßig erworbene Eigentum schütze. Wenn die Steuerlawine noch anhält, dann wird in kürzerer Zeit alles Eigentum bald verpfändet sein. Zum Sanieren einer Judenbank hat man Hunderte von Millionen, aber für das Volk nichts. In Rußland sind über 2 Millionen Menschen vom Blutbolshewismus getötet worden. Die Grundlage eines jeden Staates ist die Familie. Der Redner legte weiter in längeren Ausführungen das Wollen der Nationalsozialistischen Arbeiter-Partei dar und erntete damit lebhaften Beifall. Nach kurzer Pause schloß der Redner nach Beantwortung einiger Anfragen die Versammlung mit einem kräftigen „Kampf Heil!“ Anschließend sang man das Horst-Wessel-Lied.

Aus dem Sachsenlande.

Der Hermsdorfer Bürgermeister vor der Haftentlassung?

— Hohenstein-Er. Der kürzlich wegen Anstiftung zum Mord zu 4 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilte Werner noch in Untersuchungshaft befindliche Bürgermeister Hermsdorfer bei Hohenstein-Er. befindet sich seit einiger Zeit in Behandlung des Gefängnisarztes. Sein Gesundheitszustand hat zu ernstlichen Besorgungen Anlaß gegeben. Der Verurteilte, der sich anfangs in Einzelhaft befand, mußte in Gemeinschaftshaft überführt werden, da die Gefahr bestand, daß Werner schließlich Hand an sich selbst legte. Die ärztliche Untersuchung erstreckt sich nicht nur auf die Haftfähigkeit, sondern auch darauf, ob der Verurteilte bei Begehung der Tat voll zurechnungsfähig war. Werner selbst gibt an, nicht gewußt zu haben, was er damals tat. Das Gutachten des Gerichtsarztes, Medizinalrates Dr. Rodewald-Zwidau, ist in einigen Tagen zu erwarten.

Der Drohbrief der NSD. beigelegt.

— Delitzsch i. C. Der Bergbäuliche Verein Zwidaus hat es abgelehnt, mit der NSD in Lohnverhandlungen einzutreten. Der Drohbrief dieser wilden Gewerkschaft, in dem jeder Lohnabbau bekämpft und die Einführung der Sechsstundenarbeit bei vollem Lohnausgleich sowie die Bezahlung aller Urlaubstage gefordert wurde, ist jetzt vom Bergbäulichen Verein Zwidau dahingehend beantwortet worden, daß nur mit den offiziellen Gewerkschaften über Lohnfragen verhandelt werden könne. Bei etwa vorkommenden wilden Streiks sieht sich der Bergbäuliche Verein gezwungen, die aufrechterhaltenen Elemente sofort zu entlassen.

— Gersdorf. Zwei hiesige Einwohner haben der Gemeinde einen größeren Betrag zur Verfügung gestellt, der solchen Erwerbslosen zugute kommen soll, die bereits ausgesteuert sind und eigenen Haushalt haben. Durch diese kleinen wöchentlichen Zubeuße erreichen diese Bedürftigen fast wieder die alten Fürsorgesätze.

— Frankenberg. Im Rahmen der Frankfurter Pfundsammlung durchgeführte Hilfe wird auch eine sogenannte Pfundsammlung durchgeführt. Sie ist folgendermaßen gedacht: Diejenigen Hausfrauen, die noch irgend dazu in der Lage sind, sollen, wenn sie ihren eigenen Bedarf einkaufen, einige Lebensmittel über den Bedarf hinaus einkaufen und dieselben an Tagen, an denen die Volkstüche in Betrieb ist, abgeben. In Betracht kommen natürlich nur nichtverderbliche Lebensmittel, z. B. Raps, Raffee, Zucker, Reis, Linsen, Graupen usw. Diese Lebensmittel sollen dann allwöchentlich einmal an Bedürftige verteilt werden, die der Nothilfeauschuss hierzu vorschlägt.

— Burgstädt. Seinem Leben selbst ein Ziel setzte ein in der Peniger Straße zur Untermiete wohnender 24-jähriger Kellner. Als er Freitag vormittag von seinen Wirtskollegen